

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Schernz
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachpost Stuttgart 8803.

Anzeigengebühr für die sechsgefontene Kolonellzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 2. — Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Kampf in der Berliner Metallindustrie

Die Generalversammlung behandelte am zweiten Verhandlungstage den Berliner Streik. Kollege Rusch berichtete darüber und beantragte eine Entschließung, mit deren endgültiger Fassung eine Kommission beauftragt wurde. Sie wurde dann am Mittwoch den 16. Oktober von der Generalversammlung einstimmig angenommen. Sie lautet:

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes spricht allen zurzeit im Kampfe stehenden Kollegen ihre Sympathie aus und versichert ihrerseits alles zu tun, um diese Kämpfe zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die Generalversammlung erblickt in den der Arbeiterschaft aufgezwungenen Kämpfen den planmäßigen Versuch, die Arbeiterschaft zu willenslosen Ausbeutungsobjekten zu machen und die Organisation der Arbeiter zu zerrüttern. Diese Absichten zu verhindern ist die Generalversammlung fest entschlossen.

Die Generalversammlung erhebt auch den schärfsten Protest gegen alle von Organen der Regierung oder sonstigen Behörden erlassenen Maßnahmen, die geeignet sind, die gesetzlich gewährtesten Rechte und Freiheiten des Volkes zu beschneiden und den Absichten der Unternehmer gegen die Arbeiter Vorschub zu leisten.

Insbondere verurteilt die Generalversammlung das Verbot und die gewaltsame Sprengung von Berliner Gewerkschaftsversammlungen, sowie die Verhinderung der Herausgabe der Publikationsorgane der Berliner Metallarbeiter.

Als nächste Maßnahme wird die Generalversammlung unter entsprechender Erhöhung der Beiträge die Streikunterstützung erneut festsetzen. Des weiteren wird die Generalversammlung alles versuchen, der geschlossenen Front der Unternehmer die geschlossene Front der Metallarbeiter gegenüberzustellen und richtet deshalb an alle Metallarbeiter das Ersuchen, sich reflexlos dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Die Generalversammlung fordert alle im Kampfe stehenden Kollegen auf, geschlossen auszuweichen, bis alle reaktionären Pläne der Unternehmer abgeschlagen sind.

Bericht über die 14. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erster Verhandlungstag.

Montag den 18. Oktober 1919, vormittags.

Im großen Saale des Stadgartens zu Stuttgart trat am Montag vormittags die 14. ordentliche Generalversammlung zusammen.

Im Namen der Filiale Stuttgart begrüßte zunächst deren erster Bevollmächtigter Hosenhien die Delegierten. Er gab der Genugtuung darüber Ausdruck, daß nach vielen vergeblichen Bemühungen Stuttgart endlich die Ehre habe, die Generalversammlung zu beherbergen. Der große Aufschwung, den der Deutsche Metallarbeiter-Verband wie alle anderen freien Gewerkschaften nach dem Kriege gnommen habe, sei auch in der Stuttgarter Filiale bemerkbar, die übrigens schon vorher in der Organisationsarbeit immer ihren Mann gestanden habe. Hosenhien schloß mit dem Wunsche, daß der Verbandstag gute Arbeit leisten und in dieser historisch großen Zeit ein Markstein in der Geschichte des Verbandes werden möge. Nur die Geschlossenheit der Organisation sei die Vorbedingung für ihren Erfolg. Deshalb möge auch die 14. Generalversammlung enden mit dem Entschluß: Geschlossen vorwärts, dem Ziele zu! (Beifall.)

Hierauf eröffnete der Verbandsvorsitzende Schlichte die Generalversammlung mit einer Ansprache, in der er die Delegierten willkommen hieß und dann unter anderem ausführte: Als wir die letzte Generalversammlung verließen, hat wohl keiner von uns geglaubt, daß wir so unmittelbar vor dem Zusammenbruch standen. Auch die, die vielleicht das Gefühl hatten, werden sich kaum ein Bild gemacht haben von der Größe und Furchtbarkeit des Zusammenbruchs. Dem militärischen Zusammenbruch ging voraus, möchte ich sagen, nicht folgte ihm, der wirtschaftliche Zusammenbruch. Wir waren mit unseren Kräften, nicht nur mit den militärischen, nicht nur mit den Kräften an Mannschaften fertig; es war ausgeschlossen, daß die Wirtschaft noch weiter aufrecht erhalten werden konnte. Es war unmöglich, den Kampf fortzusetzen, weil auch die wirtschaftlichen Quellen verfeigten. Das führte zum Zusammenbruch an der sogenannten Front, zum plötzlichen katastrophalen Abschluß am 9. Nov. Man bezeichnet das Datum schieflich als den Tag der Revolution. Revolution ist, wie jede Volksbewegung und wie jede Bewegung, auch physikalischen Gesetzen unterworfen. Jede Bewegung ist eine Wellenbewegung, und ein Auschnitt aus dieser Wellenbewegung ist der Ausbruch des Pendels. Als 1914 die nationalistische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging das Pendel sehr stark nach rechts über seinen gewöhnlichen Gang; mit dem 9. November hat es den größten Ausschlag nach links gehabt. Der 9. November markiert das alte Regime, er mußte es fällen, weil das alte Regime hier in Deutschland nicht Schritt gehalten hatte mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Unsere ganze Staatsverfassung, unsere Reichsverfassung war angepaßt, war aufgebaut auf den Agrarstaat. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich in einer Weise entwickelt, daß der politische Oberbau zusammenstürzen mußte. Der politische Neuaufbau mußte der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Er muß vorausschauend sein, darf aber die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Abwägung der gegenseitigen Kräfte nicht außer acht lassen, wenn es ihm nicht genau so gehen soll wie dem alten System. Der 9. November hat das deutsche Volk freigemacht (Sachen), freigemacht von politischen Zwangsmaßnahmen, von verschiedenen Bedrückungen, die fielen auf ihm lasteten. Aber das Maß der Freiheit werden die Anfechtungen auseinandergehen (Sehr richtig!), das wird kein Mensch bestreiten können, der aufrechten Sinnes und offenen Auges die Verhältnisse ansieht. Den Unterschied wird er nicht bestreiten können, der zwischen dem alten System und dem heutigen System besteht. (Sehr richtig!) Darf ich ein Wort Schillers erinnern: Wo viel Freiheit, ist viel Irrtum. Das hat auch die Geschichte unserer

Revolution bewiesen, wie die Geschichte aller Revolutionen. Auch ein Volk muß sich, wie jedes Individuum, wie jeder es aus seinem eigenen Leben weiß, erst an die ungebundene Freiheit gewöhnen, und es ist ganz unmöglich, etwas anderes zu erwarten, als daß die Freiheit sehr leicht zur Zügellosigkeit führt. Das ist die Erscheinung, die die Geschichte aller Revolutionen uns bis jetzt gezeigt hat und von der wir nicht frei sind. Das wollen wir doch ganz offen und ungeteilt anerkennen. Ist es aber ein Wunder, daß all die Geschehnisse, die wir heute ganz unbefremdet um unsere Altanschauung und unsere politische Stellung aufrecht befragen, ist es ein Wunder, daß solche Erscheinungen aufgetreten sind? Nein, fünf Jahre Krieg zehren an der Moral des Volkes, untergraben sie. Heute, die jahrelang draußen gestanden und ein Landstreichleben geführt haben, können nicht mit einmal Tugendengel sein, das ist vollständig ausgeschlossen, und die Anklage, die hier erhoben wird, geht meiner Ansicht nach fehl, wenn sie sich an diejenigen wendet, die diesen Verhältnissen unterlegen sind. Sie müßte sich an diejenigen wenden, die diese Verhältnisse verursacht haben. (Sehr richtig! — Juchhe!) Das erschwert den Kampf für die Herbeiführung geordneter Verhältnisse. Wir müssen leider gefehen, daß wir heute noch leiden unter einer allgemeinen öffentlichen Korruption (Hört, hört!), die uns verweisen läßt an dem Wiederaufbau, daß wir niemals zu geordneten Verhältnissen zurückkehren. Aber wir wollen leber und wir wollen leben als Volk. Deshalb müssen wir soviel Optimismus mitbringen, müssen wir das Vertrauen zur eigenen Kraft haben, daß wir auch aus diesem Sumpf heraus zu besseren Verhältnissen kommen. (Juchhe! Sozialisten!) Das ist ein Schlagwort, unter dem jeder sich etwas anderes vorstellt. (Sehr gut!) Sozialisten ist nur möglich durch Entwicklung (Sehr richtig!), und eine politische Revolution kann die Entwicklung wohl vorwärts treiben, sie kann aber die Stufe der Entwicklung, die wir gerade bei ihrem Ausbruch erklommen haben, nicht verleugnen, und deshalb kann auch das Wort, das mir hier zugehört worden ist, kein Erklärungsmodell im gegenwärtigen Moment sein. (Sehr gut!) Die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen kann nur geschehen durch festes Vertrauen auf die eigene Kraft, durch gemeinschaftliche Arbeit aller Volksschichten. Es ist ja gerade ein alter Punkt des sozialistischen Programms, daß Arbeit aller Menschen Pflicht ist, und es ist eine alte Selbstverständlichkeit, daß Sozialismus nur sein kann die Arbeit im Interesse der Allgemeinheit. Das sagt aber, wie ich schon angedeutet habe, nicht nur eine wirtschaftliche Entwicklung voraus, sondern auch eine geistige Entwicklung. (Sehr richtig!) Der Sozialismus kann nicht zum Ziele kommen, wenn nicht die geistige Entwicklung der Menschen den Weg zum Sozialismus gemacht hat und hier — das wird auch jeder zugeben, trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten — hier liegt noch ein großes und schweres Stück Arbeit vor uns. (Sehr richtig!) Wenn wir aber anerkennen müssen, daß wir nur aufbauen können durch Gemeinschaftsarbeit, so ist es selbstverständlich, daß das arbeitende Volk, das bisher immer noch unter dem wirtschaftlichen Druck gelitten hat und heute noch darunter leidet, sich zusammenfindet und gemeinsam trotz aller Meinungsverschiedenheiten aufbauen hilft. (Bravo!) Leider müssen wir feststellen, daß hieran auch noch sehr viel fehlt. Wir streiten uns nicht um unsere Ziele, sondern wir streiten uns eigentlich nur um den Weg, auf dem wir zu dem Ziele gelangen. Der eine wünscht den Weg der Entwicklung, dem anderen geht die Entwicklung zu langsam, er möchte Vollbampf voraus, und der Dritte möchte vielleicht noch einen schnelleren Weg, vielleicht durch den Ather nehmen. (Heiterkeit. — Juchhe! Dr. Eisenbart!) Ja, ich erlaube mir darüber kein Urteil, ich deute nur die Richtung an. Ich meine aber, der Streit um den Weg darf in Anbetracht des Zieles, das wir uns gesteckt haben, nicht die Oberhand gewinnen. Die Arbeiterschaft stellt eine Macht dar, wenn sie geschlossen ist. (Sehr wahr!) Sie ist aber wehrlos, verurteilt sich selbst zur Untätigkeit, wenn sie sich wegen rein taktischer Fragen selbst zerlegt und zerstückt. (Sehr richtig!) Den alten Grundsatz des Cäsars: divide et impera, teile und du kannst herrschen, sollte sich die Arbeiterschaft vor Augen halten. Teilt euch nicht selbst, denn dadurch ermöglicht ihr einem andern, daß er die Herrschaft über euch bekommt. Das wollen wir in dieser ersten Stunde festhalten. Der Kampf hat getobt während des Krieges unter der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft hätte viel mehr erreicht und könnte noch heute, wo wir immer noch im Zeitalter der Revolution leben, viel mehr erreichen, wenn sie geschlossen und einig wäre. Was aber für die Arbeiterschaft im allgemeinen zutrifft, das trifft in ganz besonderem Maße für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu. Hier liegen die Verhältnisse noch, wie sie waren. Die Wirtschaft kann nicht mit einem Schlage umgeformt werden, sie entwickelt sich nach sehr komplizierten Gesetzen, denen wir auch selbst mit unterworfen sind, und denen wir uns anpassen müssen mit unseren Kampfmethoden. Die politische Revolution hat das alte Gebäude zusammengeführt, sie hat aber nicht vermocht, die wirtschaftlichen Verhältnisse irgendwie zu ändern und das wirtschaftliche Kräfteverhältnis zu beseitigen. Sie hat der Arbeiterschaft mit großer Deutlichkeit den Weg gezeigt, auf dem sie zur Macht gelangen kann. Das Wort Organisation ist jetzt Gemeingut der Arbeiterschaft geworden. Die Mitgliederzahl unseres Verbandes und die Mitgliederzahl der übrigen Gewerkschaften beweist das, ebenso wie das Anschwellen von Organisationen, die früher dem gewerkschaftlichen Kampf lächelnd gegenüberstanden haben, alles das beweist, daß das Wort Organisation mit Höchstgeschwindigkeit in die Köpfe indifferenten Massen eingedrungen ist. Aber dieses Wort hat wohl die Arbeiterschaft und auch die angefallenen den Organisationen zugeführt in das Wesen der Organisation sind diese Massen aber leider noch nicht eingedrungen. (Sehr richtig!) Und das ist in der kurzen Zeit auch nicht zu verlangen, in der Zeit, wo die Verwirrung der Köpfe ganz allgemein gewesen ist. Das schreibt uns aber die Aufgabe vor für die nächste Zeit. Der Gedanke der Organisation hat weite Kreise erfaßt, die Durchbildung in der Organisation muß das Wert derjenigen sein, die den Stamm der Organisation bisher gebildet haben und ihn auch weiterhin bilden werden. Vor diesen Aufgaben steht unsere heutige Generalversammlung. Sie muß den Stand der Wirtschaft berücksichtigen, die große Zahl derjenigen, die zu ihr gestoßen ist und darauf Anspruch erhebt, in die wirtschaftlichen Verhältnisse einzugreifen, um so für den gewerkschaftlichen Kampf gefährt zu werden. Dieser gewaltigen Aufgabe gegenüber muß verschwinden und zurückgestellt werden der Streit der Meinungen um den kürzesten oder den längeren Weg. Das Ziel im Auge und die Massen geschult, dieses Ziel zu begreifen, es nicht aus dem Auge zu verlieren und seine Kampfmethoden den jeweiligen Zeitverhältnissen anpassen, das ist die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaft und auch der heutigen Generalversammlung.

gelockert ist, daß der alte Fehler der Menschheit wieder etwas mehr in den Vordergrund getreten ist, der Eigennutz. Aber gerade diesen Feind gegenüber müssen wir als diejenigen, die sich zur Solidarität bekennen, unseren ganzen Mann stellen, um dazu beizutragen, daß wir wieder eine allgemeine große Kampffront gegen den gemeinsamen Feind bilden. Man hat so viel davon gesprochen, daß die Solidarität gerade der deutschen Arbeiterschaft weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinausgegangen ist. Man hat uns im eigenen Lande damit verspottet. Wir sind stolz darauf, daß wir unsere Solidarität weit über die Landesgrenzen hinaus betätigt haben. Wir sind stolz darauf, der großen Bruderschaft des gesamten Proletariats anzugehören. Meine Aufgabe ist es während des Krieges gewesen, die internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten, und soweit es die Absperrung unserer Heimat gestattete, habe ich es getan. Auch heute hätten wir gern gesehen, daß von den Ländern, die wir bisher als unsere äußeren Feinde bezeichneten, Vertreter eingetroffen wären. Einladungen konnten nicht direkt ergehen, sie sind an die Länder englischer und lateinischer Sprache indirekt durch unsere Freunde in den neutralen Ländern ergangen. Antwort haben wir leider nicht erhalten, es scheint auch dort die Verwirrung die Köpfe ergriffen zu haben, so daß sie sich nicht entschließen konnten, uns wenigstens ein Zeichen der Zusammengehörigkeit zukommen zu lassen. Ich erhebe von dieser Stelle aus keine Vorwürfe. Die jahrelange Trennung, der jahrelange Kampf zur Weichung der Internationalen, wie er durch die kapitalistische Presse geführt worden ist, er mußte zu einer Entfremdung führen. Wenn wir es auch beklagen, daß wir keinen dieser unserer früheren Freunde hier begrüßen können, so können wir doch mit großer Genugtuung feststellen, daß aus den neutralen Ländern, mit denen wir auch während des Krieges innige Beziehungen gepflogen haben, die Vertreter hierher geeilt sind. Ich begrüße die auswärtigen Freunde im Namen unserer Generalversammlung, im Namen der organisierten deutschen Metallarbeiter-Schaft. Ich hoffe, daß sie auch von dieser Generalversammlung die Überzeugung mit nach Hause nehmen können, daß die deutschen Metallarbeiter trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten einig sind über das Ziel, das sie ernstlich wünschenswert, dieses Ziel zu erreichen und daß sie geschlossen Brust an Brust mit den Organisationen aller übrigen Länder zusammenstehen und zusammenmarchieren wollen, um diese Aufgabe zu lösen. Ich hoffe, daß unsere Freunde aus dem Ausland sich hier in Stuttgart — dem Sitz unseres Verbandes — wohl fühlen und freundliche Erinnerungen von hier mitnehmen mögen. Ich begrüße weiterhin die Vertreter der inländischen, uns nahe verwandten Organisationen und wünsche auch ihnen das, was ich den übrigen Gästen gemüßigt habe. Die Zeit wird uns nach und nach immer enger zusammenführen und die Zeit ist hoffentlich nicht mehr ganz fern, wo wir nicht mehr als Vertreter verschiedener Organisationen, sondern als Angehörige des großen Bundes der Metallarbeiter zusammenmarchieren. (Beifall.) — Schlichte begrüßt weiter den Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Vertreter der Arbeitgemeinschaft. Er gedenkt dann, während sich die Versammlungsteilnehmer von den Sitzen erheben, der vielen Opfer, die der blutige Krieg aus den Reihen der Verbandsmitglieder gefordert hat. Unter lebhaftem Beifall schloß der Verbandsvorsitzende seine Ansprache mit der Mahnung: Wir wollen nach wie vor in Einigkeit und Geschlossenheit weiterarbeiten zum Wohle der gesamten Metallarbeiter-Schaft. In diesem Sinne erkläre ich die Generalversammlung für eröffnet.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch seinen Vorsitzenden Legien, der Zentralverband der Maschinisten und Feiler durch Klebe, der Kupferschmiedeverband durch Hecht vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zur Wahl der Mandatsprüfungskommission geschritten. Hierzu lag folgende Vorschlagsliste vor: Prieser (München), Strobel (Chemnitz), Timm (Dreslau), Sauer (Karlsruhe), Striefler (Hannover), Weber (Offenbach), Ungard (Bochum).

Dismann (Frankfurt) beantragte dagegen, die Kommission nicht wie bisher aus sieben, sondern aus neun Mitgliedern zusammenzusetzen und schlug dazu namens der Opposition folgende sechs Delegierte vor: Lieberach (Leipzig), Gahr (München), Eckardt (Remscheid), Weis (Welfenkirchen), Köhler (Halle), Weinberger (München). Er stellte anheim, daß die übrigen drei Mitglieder von den nicht zur Opposition gehörenden Delegierten gestellt werden.

Haas (Köln) teilte hierzu mit, daß er bereits mit den Delegierten Dismann und Malzahn (Berlin), die die Opposition vertrete, eine Verständigung über die Zusammensetzung der Kommissionen und des Bureaus versucht habe. Diese Oppositionsvertreter hätten beantragt, daß ihre Fraktion in Kommissionen von neun Mitgliedern sechs, in siebenköpfigen Kommissionen fünf Mitglieder stellen. Sein Antrag, daß in solchen Fällen dieselbe Parität gelten müsse, die die Oppositionellen nach der Revolution bei allen ähnlichen Gelegenheiten verlangt hätten, sei zurückgewiesen worden. Das Zahlenverhältnis von 6 zu 3 entspreche aber durchaus nicht dem Stimmverhältnis der Delegierten auf der Generalversammlung, denn von den 329 Delegierten gehörten nur etwa 180 zur Opposition. Die nicht zur Opposition gehörenden Delegierten müßten deshalb den Vorschlag Dismann ablehnen und würden dann lieber die Macht allein entscheiden lassen und die Kommissionen von der Opposition allein bestehen lassen.

Dismann (Frankfurt) bestätigte im wesentlichen die Darstellung, die Haas über den Verständigungsversuch gegeben hatte und betonte, die Widerheit des Verbandstages sollte sich am dem Vorschlag der Opposition abfinden, der ihr immer noch eine größere Vertretung einräumte, als sie auf früheren Verbandstagen der Opposition in den Kommissionen gewährt worden sei.

Bei der Abstimmung wurde beschlossen, die Mandatsprüfungskommission mit neun Mitgliedern zu besetzen.

Über die beiden Vorschlagslisten abgestimmt wurde, machte Reuter (Mainz) den Vermittlungsvorschlag, von der Liste Dismann fünf und von der anderen Liste vier Mitglieder zu wählen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Dismann schlug vor, über jeden Kandidaten einzeln abzustimmen. Dann würde die Opposition zunächst für die von ihr vorgeschlagenen sechs und dann für drei Kandidaten der anderen Liste stimmen. Dazu gab

Haas (Köln) folgende Erklärung ab: Es kann hier nur ein geben: entweder entscheidet die Macht oder das Zahlenverhältnis. Ich habe den Versuch gemacht am Samstag auf Grund meiner allgemeinen Stellungnahme im Metallarbeiter-Verband, weil ich seit Jahren, solange wir die Differenzen haben, die mittlere Linie gesucht habe, im erweiterten Vertraut den Kollegen den Vorschlag zu machen, wir wollen uns über die Kommissionen abverständigen. Ich glaube, es wäre das möglich auf Grund der Parität. Nachdem das nicht möglich war, habe ich zum mindesten

angenommen, daß man sich nach dem Stärkeverhältnis verständigt hätte. Und das müssen wir vor allem hochhalten. Deshalb möchte ich dringlich davor warnen, daß wir auf den Boden gehen: sechs von der Seite und drei von der anderen Seite. Wir, die wir uns nicht zur Opposition rechnen, sind bis dato noch nicht zusammengekommen. Wir haben uns gesagt, die Opposition wird ebenfalls zusammenkommen und wird sich untereinander klar werden, und wir werden nachher eine Verständigung erzielen. In dem Augenblick aber, wo die Sache so geht, wie es jetzt den Anschein hat, müssen alle Delegierten, die nicht zur Opposition gehören, auch zusammenzutreten und eine geschlossene Einheit bilden. (Sehr richtig!) Das muß heute mittag schon geschehen. Klarheit nach jeder Richtung ist das Beste. (Sehr wahr!) Also entweder wir stimmen hier über die Listen ab wie sie eingereicht sind; fallen wir mit unserer Bitte hinein, gut, dann bekommt die andere Seite alles, oder die andere Seite muß uns nach dem Stärkeverhältnis das zugeföhren, was uns gehört. Dazu wäre nötig, daß wir bei der ersten Abstimmung entweder allgemein oder durch genaue Zählung der Stimmen feststellen lassen, wie das Stärkeverhältnis ist.

Dismann (Frankfurt) wiederholte demgegenüber seinen Vorschlag. Eine Abstimmung nach Listen sei ganz unüblich. Das Stärkeverhältnis der Fraktionen werde sich im Verlaufe des Verhandlungsganges herausstellen, wenn über grundsätzliche Fragen abgestimmt werde. Haas (Köln) erklärte einem Zweifel von Dismann gegenüber, daß die nicht zur Opposition gehörenden Delegierten bisher nicht zusammengekommen seien. Da jetzt diese Notwendigkeit vorliege, beantrage er, die Verhandlungen um eine halbe Stunde zu unterbrechen, damit eine Klärung herbeigeföhrt werde.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärte

Haas: Nachdem sich auf diesem Verbandstag zum erstenmal zwei Fraktionen gegenüberstünden, wären die Delegierten der Minderheit der Auffassung, daß bei der Zusammensetzung der Kommissionen das Stärkeverhältnis der beiden Richtungen maßgebend sein müsse. Dieses Stärkeverhältnis entspreche es, wenn in der Mandatsprüfungskommission fünf Vertreter der Opposition und vier Vertreter der Minderheit seien. Wenn aber die Opposition darauf bestände, sechs von neun Vertretern zu verlangen, so müßten die übrigen Delegierten ein Zusammenarbeiten der Kommissionen ablehnen und deren Zusammensetzung lediglich der Opposition überlassen. In besonderen Fällen behalte sich die Fraktion der Minderheit eine Verständigung mit der Gegenfraktion vor.

Dismann (Frankfurt) lehnte namens der Opposition den Vorschlag Haas für die Mandatsprüfungskommission ab, erklärte aber, man wolle der Minderheit bei der Haushaltung, Beschwörung und Wahlkommission einen Vertreter mehr konzessieren.

Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag Haas abgelehnt. Haas zog daraufhin die Vorschlagsliste seiner Fraktion zurück und überließ es der Opposition, selbst die Mandatsprüfungskommission zusammenzusetzen.

Die Vorschlagsliste wurde von Dismann noch ergänzt durch die Delegierten v. d. Heide (München), Singner (Schladen) und Wiche (Haus) (Barmen).

Die so zusammengesetzte Mandatsprüfungskommission nahm sofort ihre Arbeit auf.

In der Nachmittags-Sitzung folgten Begrüßungsansprachen von Vertretern der ausländischen Bruderorganisationen. Als Vertreter des Dänischen Metallarbeiterverbandes und der Norwegischen Metallarbeiterorganisation dankte

Gaussen (Kopenhagen) dem Verband für die Einladung zur Generalversammlung. Er sprach seine Freude aus über das immerwährende Anwachsen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und schätzte die Entwicklung der Metallarbeiterorganisation in Dänemark und Norwegen, wo es der Organisationsarbeit gelungen sei, die gestiegenen Lebensmittelpreise einigermaßen durch entsprechende Lohnsteigerungen auszugleichen und die gesetzliche Einführung des Achtstundentages durchzuführen. Die dänische Sozialdemokratie arbeite auch an der Verwirklichung der Sozialisierungsbestrebungen. Mit besonderer Freude gedachte Gaussen der Teilnahme des deutschen Delegierten Haas an dem dänischen Parteitag. Er schloß mit der Mahnung zur Einnahme, die die Vorbedingung für den Erfolg im Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus sei.

Auch G. O. Johansson (Stockholm) vom Schwedischen Metallarbeiterverband konnte über eine erfreuliche Entwicklung seiner Organisation berichten, die auf 88000 Mitglieder angewachsen sei. Die Löhne der schwedischen Metallarbeiter seien um etwa 140 Prozent erhöht worden und die achtstündige Arbeitswoche sei unter dem Druck der Arbeiterorganisation gesetzlich eingeföhrt. Johansson schloß mit dem Wunsch, daß die durch den Krieg zerrissenen internationalen Bande bald wieder neu und fester geknüpft werden mögten.

Als Vertreter des süddeutschen niederländischen Metallarbeiterverbandes begrüßte P. Daug (Amsterdam) den Deutschen Metallarbeiter-Verband, der der holländischen Organisation immer Vorbild und Lehrmeister gewesen sei. Die Organisation nuzersplitterung habe gerade in Holland die Kraft der Arbeiterbewegung sehr geschwächt. Der internationalistische Verband habe es mit seiner Sonderorganisation nur auf 4000 Mitglieder in 10 Jahren gebracht, ebenso wie der gewerkschaftliche Verband, während die moderne holländische Metallarbeiterorganisation auf 24000 Mitglieder angewachsen sei. Die vielen Erfahrungen in den Niederlanden sollten auch den deutschen Metallarbeitern eine Mahnung sein, die geschlossene Einheit nicht zu zerstoren, die allein die Gewähr für den Erfolg bieten. Die holländische Arbeiterklasse werde alle Kräfte daraufsetzen, um die Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen der vor-kriegsmäßig noch feindlichen Länder wieder anzuknüpfen.

Alfred Branner übertrug die Worte des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes. Auch auf dem letzten Schweizer Verbandstag habe es ähnliche Auseinandersetzungen über die Listigkeit gegeben, wie sie den diesjährigen deutschen Verbandstag beschäftigten. Da eine Klärung nicht erzielt wurde, hat der Verbandstag eine Kommission eingesetzt, die grundsätzlich die Frage studieren soll, ob das Räteystem oder die Allgemeinwirtschaft vorzuziehen sei. Gerade jetzt ist es dringlich notwendig, daß sich die Güter wieder zu geschlossener einmütiger Arbeit zusammenschließen, denn ebenso wie in Deutschland ist es in der Schweiz die Unerschrockenheit bewährt, die Einigungskraft des Achtstundentages zu machen und durch die geschlossene Einheit des Achtstundentages abzuholen. Die Schweizer Arbeiterklasse bemühte sich nach Kräften, die Kriegskräfte der deutschen und österreichischen Kollegen zu lindern, und gerade jetzt werden deutsche Arbeiter, wie vorher die Arbeiter von Wien, in der Schweiz aufgenommen, um dort wieder zu arbeiten. Branner schloß mit der Mahnung zur Einigkeit, damit die Schweizer Metallarbeiterbewegung auch wie vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als Vorbild betrachtet werde.

Als Vertreter des Zentralverbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns sprach Franz Miklits. Er schilderte zunächst den gewaltigen Aufschwung des ungarischen Verbandes, aber er kempfte auch die vielen Folgen, die es hatte, daß die vielen angeworbenen Mitglieder nicht gewerkschaftlich erzogen und ausgebildet waren. Gerade diese neuen Mitglieder befehligen nach der Revolution die Arbeiterräte der Fabriken und diese Räte jugendlich eigenmächtig die Betriebe, werden fasthändige Zerstörer des Betriebes und untergraben damit die Produktion. Die Aufgaben des Verbandes zur Sozialisierung werden nicht beachtet und die soziale Sozialisierung braucht den Arbeitern freiestens die Betriebe, die sie davon erzwungen hätte. Da kein festes Kapital vorhanden war, waren die sozialisierten Betriebe einfach stillgelegt. Die ungarischen Arbeiter werden aufgestellt, aber das Gleich der Arbeiterklasse in Ungarn wurde bei dieser Richtung immer größer. Bei dem so herbeigeföhrt anwachsenden Zustand konnten weder die Gewerkschaften noch die Partei etwas zur Verbesserung der Lage der Arbeiter tun. Selbst in sozialisierten Betrieben folgte ein wilder Kampf dem anderen, aber auf die Reklamation der Gewerkschaft zu hören, bis die Arbeiter schließlich nach einigen Wochen einsehen mußten, daß das Räteystem nicht sei. Diese Zustände können in Ungarn die von Russland herübergekommenen Bolschewiken aus, die mit großen Selbstmännern arbeiten. Als ich am 21. März die

Kommunisten und Sozialisten vereinigen, um den Bruderkampf zu vermeiden, glaubten die Arbeiter, jetzt sei alles errungen. Die Führer der Kommunisten hatten liberal die Meinung verbreitet: Wenn man den Kapitalisten alles wegnimmt, wird sich die Lage der Arbeiterklasse verbessern. Und unter der Diktatur sind sämtliche Betriebe sozialisiert worden, sogar die Kleinmeister, der kleine Schlossermeister, der in der Kellereierkammer gearbeitet hat, wurde auch sozialisiert. Nachdem die Räteregierung die sämtlichen Werke übernommen hat, haben die Arbeiter geföhlt, daß ihre wirtschaftliche Lage sich trotzdem nicht verbessert hat. Vor dem 21. März hatte unter Verband mit dem Unternehmerverband eine Vereinbarung getroffen, wodurch die Löhne in der Metallarbeiterbranche auf 4,50 bis 8,50 Kr. die Stunde festgelegt wurden. Das waren, wenn auch noch nicht ganz genügende, aber doch sehr bedeutende Verbesserte. Nach der Erklärung der Diktatur hat die Räteregierung diese Löhne übernommen. Es haben sich in sämtlichen Betrieben die Arbeiterräte konstituiert und haben die Führung der Betriebe übernommen. Das erste, was man bemerkt hat, war, daß gerade die Kollegen, die am meisten für das Räteystem gekämpft haben und die in die Fabrikräte hineingewählt wurden, nach wenigen Wochen die Forderungen der Arbeiter abweiser mußten. In der ersten Zeit wurden alle paar Wochen neue Arbeiterräte gewählt, denn die, die gewählt waren, konnten den Arbeitern nicht all das geben, was sie verlangten. (Hört, hört!) Das war eine Wirtschaft, die nicht zum Aushalten war. Die Geschichte ging so arg, daß selbst die Räteregierung eine Verordnung herausgab, womit der Wirkungsbereich der Arbeiterräte in den Fabriken beschränkt wurde. Es wurde ein Kampf in den Betrieben geführt um die Einteilung der Lohnskalen. 19. bis 19jährige Burschen wollten auch die 8,50 Kr. haben wie Arbeiter, die schon acht bis zehn Jahre im Betriebe waren. Zuerst sollten das die Werkführer machen, dann die Organisationen, beide lehnten es ab. Schließlich übernahmen die Arbeiterräte die Einteilung und das führte dann wieder zu einem häufigen Wechsel der Arbeiterräte. Eine der ersten Forderungen der Arbeiterschaft nach der Diktatur war die Abschaffung der Akkordarbeit. Sie erfolgte durch eine Verordnung. Die Wirkung war, daß die Produktion, die schon nach der Novemberrevolution um 20 bis 30 v. H. gesunken war, nun um 50, 60, sogar 70 v. H. sank. (Hört, hört!) Also die Arbeiter haben Geld verdient und doch dabei Hunger gelitten, da sie für das Geld gar nichts bekommen konnten. Die Räteregierung hat gegen das Bauernvolk solche Verordnungen herausgegeben, daß dieses der Regierung feindlich gesinnt wurde und keine Produkte herausgeben wollte, besonders nicht für Budapest. Diese Umstände machten die Arbeiterschaft wieder unzufrieden. Kaum hat es einige Wochen nach Erklärung der Diktatur gedauert, als sich schon in den Fabriken solche Unzufriedenheit der Arbeiter zeigte, daß diese unter der Räteregierung getreift haben. Es klingt unglaublich, aber es war so. Die Räteregierung konnte den Arbeitern nicht helfen. Ungarn wurde streng blockiert, es kam gar nichts herein. Nach der Erklärung der Diktatur hat die Entente noch mehr Gebiete von Ungarn weggenommen und Forderungen gestellt, wodurch Ungarn rein zugrunde gerichtet wurde. Dann wollte sich die Regierung militärisch wehren, aber dadurch wurde die Lage noch schlechter. Unsere Kollegen haben sich zu vielen Tausenden freiwillig zum Militärdienst gemeldet, aber schließlich haben sie doch gesehen, daß sich das System nicht halten konnte. Die Unzufriedenheit wurde von Tag zu Tag größer, da die Familien der Soldaten zu Hause Not und Hunger leiden mußten. Die Genossen sind truppweise aus der Front nach Hause gekommen und haben offen erklärt, daß sie nicht weiterarbeiten wollten, da es keinen Zweck habe. Da haben die Gewerkschaften versucht, einen Ausweg zu finden. Sie haben mit den Ententeländern verhandelt. Die Bedingungen waren annehmbar, aber die Regierung hat sie trotzdem nicht angenommen und der Kampf ging weiter. Darauf hat die Entente noch strengere Maßnahmen gegen Ungarn ergriffen. Die Hunnen haben Ungarn mit Hilfe der Franzosen angegriffen und sind nahe an Budapest gekommen. Darauf hat die Regierung abgedankt. Aber es war schon zu spät, die Hunnen sind doch hereingekommen. Dann hat die Reaktion Oberhand gewonnen und es ist zu einer Verfolgung der Arbeiter gekommen, die nicht zum Aushalten ist. Die Herrschaft der rein sozialistischen Regierung war sehr kurz. Als dann die Hunnen aus Mader kamen, haben sämtliche Fabriken die Arbeit eingestellt und die Arbeiter entlassen, so daß in Budapest ungefähr 150 bis 160000 Arbeiter ohne Arbeit sind. Es ist auch keine Aussicht, die Arbeiter unterzubringen, denn im Waffenstillstandsvertrag steht, daß die rumänische Kommandantur berechtigt ist, von den Maschinen um 20 Prozent abzumontieren und wegzunehmen. Sie nehmen aber nicht nur die Maschinen, die Rohmaterialien, sondern auch Lebensmittel fort, so daß man jetzt in Budapest für 1 kilo Brot 25 bis 30 Kr. bezahlen muß. (Hört, hört!) Dazu kam, daß das sogenannte Sowjetgeld um 80 Prozent gefallen ist, jetzt haben die Arbeiter alles verloren, haben kein Geld, keine Arbeit, ihr ganzes Leben ist ein Jammer, ein Leiden; unsere Kollegen beissen sich damit, ins Gebirge hinauszuweichen, dort Holz zu schneiden und das Holz zu verkaufen. Es ist auch keine Aussicht, daß sie in absehbarer Zeit Arbeit bekommen. In der Metallarbeiterbranche haben in Budapest und Umgebung 70000 Kollegen gearbeitet, heute sind es hoch gerechnet 10000. Es ist auch keine Aussicht, daß sie auswandern können. Unsere Bewegung auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet ist in Ungarn so zugrunde gerichtet, daß wir da wieder anfangen müssen, wo wir vor 30 Jahren begonnen haben. (Hört, hört!) Ich muß Ihnen offen sagen: nach dem, was wir unter der Herrschaft des Bolschewismus erlebt haben, ist es ein Glück für die deutsche Arbeiterschaft, daß dies Unglück sie verschont hat. Die Genossen, die von Russland herübergekommen sind mit der Idee der Verfassung der Arbeiterschaft, waren nicht als bloße menschenleere Pantomimen. (Hört, hört!) Sie haben Ungarn zugrunde gerichtet, die Arbeiterschaft in das größte Elend geführt. (Hört, hört!) Also, Kollegen, wir haben schon die sogenannte Diktatur überlebt, wir haben schon das Räteystem gehabt, aber ich muß Ihnen offen sagen: Die Diktatur in Ungarn hat die Räte zugrunde gerichtet. So viel Räte in den Fabriken und Gemeinden waren, auf so viele Arten und Weisen haben sie gearbeitet. (Dismann: Habt Ihr dabei mitgearbeitet?) Nein, das war unison; wenn von der Zentralverwaltung herausgekommen sind, wurden sie nicht durchgeführt und die Regierung hatte keine Macht, sie durchzuführen. Es mag ja sein, daß das Räteystem in der Zukunft gut sein wird, aber nur dann (Auracher), bis wir die Arbeiterschaft und besonders die Bauern so weit aufgestellt haben, daß sie das verstehen. Die Bauern in Ungarn sind national und liberal gesinnt. Sie waren große Feinde der Räteregierung wegen der Steuern und im Krieg wegen der Requirierungen. All das hat schließlich zum Sturz der Räteregierung geführt. Ich habe das hier nur gesagt, damit Sie einmal klar sehen, wie die Dinge sich bei uns abgespielt haben. Aus den Feindern können Sie es nicht verstehen haben, weil bei uns keine Zerungen herauskamen. Sowohl die Regierung wie die Delegationsgruppen hatten die Jesuiten eingeföhrt. Dann kamen noch die weißen Garben. Es ist traurig, aber wahr: Sehr viele von denen, die bei der roten Truppe waren, sind dann hundsbegieriger in die weiße Garde. Die besten Kollegen von uns haben sie verhaftet. Noch heute sind etwa 2000 Kollegen im Gefängnis, darunter unter Ottom. Die Kollegen, die glauben, sie hätten nichts getan, um flüchten zu müssen, sind zu Hause geblieben. Aber es genügt heute, daß einer als Kommunist bezeichnet wird, um verhaftet zu werden. (Auracher: Wie hoch bei uns?) Man hat die Leute nicht zur Einspeisung, sondern gedrängt, gemartert usw. (Auracher: Wie bei uns?) Also nach der Räteregierung ist jetzt die größte Reaktion. Unsere Bewegung ist zugrunde gerichtet. (Dismann: Weil Ihr vorher nicht mitgearbeitet habt?) Dieser Verband hat bis 1. Januar 1919 etwa 81000 Mitglieder gehabt, am 1. Juni 192000. Jetzt — nachdem die Grenzen von Ungarn festgelegt sind — verbleiben wir 60 Ortsgruppen mit etwa 40000 Mitgliedern und die sämtlichen Gebiete, von wo wir Brot und unsere Kollegen haben. Daher unser Verband jetzt sehr klein und unsere Kollegen haben vor der Frage, anzukommen oder eine andere Beschäftigung zu suchen.

Ich will mit meinen Ausführungen auf gar nichts hinaus, ich habe Ihnen nur darlegen wollen, was sich bei uns abgespielt hat. Ich glaube, damit die Regierung, daß die Arbeiterschaft bei uns für die

Diktatur noch nicht reif war. Daher haben die Genossen, die daran teilgenommen haben, so viele und große Fehler gemacht, so daß die Diktatur zugrunde gehen mußte. Natürlich hat dabei auch nicht gewirkt, daß die feindlichen Truppen ins Land kamen und die Arbeiter sich nicht wehren konnten. (Dismann: Das ist der Hauptpunkt!) — Ich begrüße Sie nochmals im Namen der ungarischen Metallarbeiter und wünsche Ihnen Beratungen großen Erfolg. (Auracher: Weis!)

Do mes, der Vertreter des Österreichischen Metallarbeiterverbandes, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die österreichischen Kollegen sich nicht als Ausländer in Deutschland betrachten könnten. Sie von den Führern des militärischen Zusammenbruchs in Paris, St. Germain und Versailles gemachte Geschichte werde von der proletarischen Geschlossenheit der ganzen Internationalen gewaltig korrigiert werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutschen Arbeiter in Österreich betrachteten sich als Angehörige der großen Masse der übrigen Deutschen. Die einzige Möglichkeit zu existieren, liege für Österreich in dem Anschluß an die große deutsche Volksgemeinschaft. Wir appellieren an die proletarische Internationalen, durch ihren geschlossenen Willen das, was in Paris diktiert wird, zu korrigieren. In sozialer Beziehung haben wir vielleicht die größten Fortschritte zu verzeichnen, die irgend ein Proletariat in der Revolution hat erreichen können. Natürlich setzen die Unternehmer unseren Bestrebungen den kräftigsten Widerstand entgegen und zurzeit wütet ein Kampf zwischen den sämtlichen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Österreichs und dem organisierten Unternehmertum. Heute haben wir die Nachricht bekommen, daß wir bereit sein müssen, eventuell sofort abzureisen, weil die große Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum das erfordert. Was wir erobert haben, wollen wir unter keinen Umständen mehr missen, und wir hoffen, daß wir unseren Kampf zugunsten der Arbeiterschaft durchzuführen werden. Von den 160000 in unserer Metallindustrie tätigen Arbeitern haben wir 150000 organisiert. (Bravo!) Gerade weil wir uns nicht als Ausländer, sondern als Deutsche betrachten, richten wir die Bitte an Sie, auf Ihrer Generalversammlung trotz der bestehenden großen Meinungsverschiedenheiten alles zu tun, um zu verhindern, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in zwei Lager gespalten wird. (Sehr richtig!) Würde der Deutsche Metallarbeiter-Verband auseinandergehen, so wäre das nicht nur für die deutschen Metallarbeiter ein großes Verhängnis, sondern auch für die Geschlossenheit des ganzen internationalen Proletariats. Wenn die Kraft, die im Deutschen Metallarbeiter-Verband vorhanden ist, in Zümmen geht, dann ist zu befürchten, daß das Proletariat und insbesondere die industrielle Arbeiterschaft außerstande sein wird, die Aufgaben, die uns die Zukunft diktiert werden, zu erfüllen. In der Hoffnung, Genossen, daß Sie selbst dieses Gefühl haben, daß dies nicht eintreten darf, sondern daß die Geschlossenheit für die Zukunft gewährleistet und gewahrt bleiben muß, wünschen wir den Verhandlungen Ihrer Generalversammlung den besten Erfolg. (Sehr Weis!)

Reichel dankte namens des Verbandsvorstandes den ausländischen Kollegen für ihre wertvollen Informationen. Er versicherte besonders, daß die deutschen Kollegen die Österreicher nicht als Ausländer betrachteten, sondern daß sie mit Domes ganz darin einig seien, daß trotz der Ungerechtigkeiten im Friedensvertrag auch den deutschen Volksgenossen das Selbstbestimmungsrecht bewahrt werden müsse. Mit Worten herzlicher Dankbarkeit gedachte Reichel dann der sozialistischen Genossen, die die Schweizer Genossen für deutsche Kinder und die skandinavischen Genossen dadurch entfaltet haben, daß sie große Geldmittel teilweise den deutschen Gewerkschaften zur Beschaffung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln für die Arbeiterschaft zur Verfügung stellten.

Schickel dankte im Anschluß daran den dänischen Kameraden für die schon früher bewiesene praktische Betätigung der Internationalität durch die Fürsorge für deutsche Ferienkinder in Dänemark. Gegen 5 Uhr wurden dann die weiteren Beratungen auf Dienstag

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag den 14. Oktober 1919, vormittags.

Der Verbandstag nimmt heute zunächst den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen, den Eckardt (Reimscheid) erstattet. Die Kommission stellt fest, daß 927 Delegierte, 14 Mitglieder des Beirates, 10 Bezirksleiter, 2 Ausschussmitglieder, 9 Vorstandsmitglieder und 2 Redaktoren anwesend sind. Die Kommission hat sich nur mit den Wahlprotokollen beschäftigt, die an die Generalversammlung selbst gerichtet worden sind. Solche Proteste liegen vor aus Chemnitz, Staffel, Espingen und Berlin.

Ohne Ausrede wurden zunächst dem Antrag der Kommission gemäß die Proteste aus Chemnitz, Staffel und Espingen juristisch geprüft und die Mandate der Delegierten dieser Orte für gültig erklärt.

Zu einer längeren Aussprache führen die Proteste, die gegen die Gültigkeit der Wahl der Berliner Delegierten eingegangen sind. Sie setzen sich darauf, daß den Mitgliedern vielfach gestrichene Wahlpapier gegeben worden sind, die auch in den Wahllokalen herumgelagert haben sollen. Ferner wird behauptet, daß in den Wahllokalen für einzelne Kandidaten agitiert worden sei, daß Kandidaten als Wahlleiter fungiert haben und daß in verschiedenen anderen Punkten das Wahlreglement verletzt worden sei. Die Wahlprüfungskommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß alle diese Gründe nicht ausreichen, um die Berliner Mandate zu kassieren.

Gegen diesen Standpunkt der Kommission wenden sich Briefert (Methenow) und Righet (Mannheim), die vor allem daran Anstoß nehmen, daß Kandidaten als Wahlleiter tätig waren. Richard Müller (Berlin) sucht die Vorgänge, die den Protesten zugrunde liegen, mit den besonders schwierigen Verhältnissen zu rechtfertigen, unter denen die Berliner Wahlen bei der Größe der Verwaltungsstelle vorgenommen werden mußten. Das vom Vorstand und Beirat ausgearbeitete Wahlreglement werde diesen Verhältnissen durchaus nicht gerecht. Im übrigen würde das Berliner Wahlergebnis keine Änderung erfahren haben, auch wenn die Protestgründe nicht vorgelegen hätten.

Reichel bedauert namens des Vorstandes, daß das Berliner Wahlkomitee den am 8. November ihm vom Hauptvorstand überreichten Protest erst nach einem vollen Monat beantwortet hat. Der Vorstand sei auf diesem Verbandstag auch nicht zu den Sitzungen der Wahlprüfungskommission zugezogen worden, wie das früher stets üblich war. So habe der Vorstand keine Möglichkeit gehabt, die Einzelheiten des Wahlprotokoll nachzuprüfen. Grundsätzlich erklärt Reichel, daß der Vorstand die Ausgabe präparierter Stimmzettel, wie sie in Berlin verbreitet wurden, nicht billigen könne und in ähnlichen Fällen immer die betreffenden Leitervollmächte kassiert habe. Nach den Feststellungen des Vorstandes war die Wahlbeteiligung sehr gering, nur etwa 5 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Aus der formalen Tatsache, daß die Opposition auf dem Verbandstag die einfache Mehrheit hat, darf sie also nicht so weitgehende Rechte herleiten, wie sie für die Zusammenfassung der Kommissionen und für das fernere Zusammenarbeiten im Verbandsbezug beansprucht. — Diese Erklärung Reichels wird von der Opposition mit großer Klarheit aufgenommen.

Haas (Köln) betont, daß die Berliner Verwaltungsstelle sich ebensovermög wie irgend eine andere über das für den ganzen Verband geltende Wahlreglement hinwegsetzen dürfe. Dieses Reglement sei aber bei den Berliner Wahlen in vielen Punkten verletzt worden, und deshalb sei der Antrag der einseitig aus Oppositionsmitgliedern zusammengesetzten Mandatsprüfungskommission nicht annehmbar. In der weiteren Aussprache betonen Dismann und Eckardt, daß das Wahlreglement für die Berliner Verhältnisse unhaltbar sei und daß für künftige Wahlen ein neues Reglement von der Generalversammlung beschlossen werden müsse.

Unterlechner (München) kennzeichnet die scharf zugeschnittene Aussprache dahin, daß es sich hier gar nicht mehr um Wahlfragen, sondern um den Kampf zweier Weltanschauungen handle, der durch eine Aussprache doch nicht gelöst werden könne. Auf seinen Antrag hin wird die Aussprache gegen den lebhaften Protest von Haas (Köln) geschlossen.

Haas stellt nach Annahme des Schlußantrages fest, daß ihm nunmehr die Möglichkeit genommen sei, die Zurückverweisung der

Berliner Angelegenheit an die Mandatsprüfungskommission unter Zuziehung von Mitgliedern der Widerberheit zu beantragen. Auf seinen Antrag hin wird beschlossen, angelehnt der Tragweite der Berliner Wahlprotokolle über die Gültigkeit der Berliner Mandate namentlich abzustimmen.

Eine Geschäftsordnungsdebatte entzündet sich dann noch über die Frage, ob diejenigen Delegierten, deren Mandate angefochten sind, an der Abstimmung über die Gültigkeit ihrer eigenen Mandate sich beteiligen können. Während Verhandlungsleiter Schick die Stimmhaltung der Beteiligten in solchen Fällen als alte Praxis bezeichnet, treten Brandes (Magdeburg) und Schäfer (Leipzig) dafür ein, daß auch die Delegierten mit angefochtenen Mandaten sich an der Abstimmung beteiligen können. Ein dahingehender Antrag Ernst (Hagen) wird schließlich angenommen.

In der namentlichen Abstimmung werden hierauf mit 192 gegen 185 Stimmen dem Antrag der Wahlprüfungskommission gemäß die Berliner Mandate für gültig erklärt und die Wahlprotokolle zurückgewiesen. Die Entscheidung über das Mandat des Berliner Delegierten Forster, bei dem es sich um einen Sonderfall handelt, wird zurückgestellt. In Konsequenz dieses Abstimmungsergebnisses geht ein Antrag ein, nummehr auch die Mandate der beiden Magdeburger Oppositionsdelegierten Brandes und Springer für ungültig zu erklären, weil in Magdeburg das jetzt von der Generalversammlung gebilligte Verfahren für unzulässig erklärt worden ist.

Eine längere Aussprache knüpft sich hierauf an den Wahlprotokoll, der gegen die Mandate der zehn Dresdener Delegierten vorliegt. Hier liegt es umgekehrt wie in Berlin. Es sind vom Dresdener Zentralwahlkomitee die Mandate der Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl für ungültig erklärt worden, weil das Wahlsystem bei der Agitation in größtlicher Weise verletzt worden sein soll. Mit Zustimmung des Vorstandes sind die zehn Kandidaten mit der nächstfolgenden Stimmenzahl als Delegierte erschienen. Die Mandatsprüfungskommission stellt nun durch Eckardt den Antrag, die Wahl der in Stuttgart erschienenen Delegierten für ungültig zu erklären und dafür die listierten Delegierten der Opposition herbeizurufen. Die Kommission wendet sich bei ihrem Beschlusse darauf, es hätte nicht nachgewiesen werden können, daß die Kandidaten der Opposition an der für sie betriebenen unzulässigen Wahlagitation beteiligt waren.

Pawlowitsch (Dresden) wendet sich gegen diesen Standpunkt der Kommission. Es sei gleichgültig, ob die Kandidaten sich selbst an einer unzulässigen Agitation beteiligt haben oder nicht. Nachgewiesen sei, daß ihre hohe Stimmenzahl einer dem Wahlsystem widersprechenden gehässig parteipolitisch gefärbten Propaganda zu verdanken sei und deshalb müßten diese Stimmen für ungültig erklärt werden. Das Wahlsystem müsse nun einmal als Gesetz gelten.

Auch Reichel vom Verbandsvorstand wendet sich gegen den Standpunkt der Kommission, der dazu führen müßte, daß das bisherige Recht im Verband aufgehoben wird. Der Vorstand sei nach objektiver und gewissenhafter Prüfung zur Festsetzung der für die Dresdener Oppositionskandidaten abgebenen Stimmen gekommen, und dabei sollte es die Generalversammlung lassen. Nachdem noch Schäfer (Leipzig) den Antrag der Mandatsprüfungskommission unterstützt hat, macht die Annahme eines Schlußantrages der weiteren Aussprache ein Ende.

Auch in diesem Falle beantragt Haas (Aöln) namentliche Abstimmung Begründet erklärt er, daß der Antrag der Mandatsprüfungskommission von der Generalversammlung die Begehung eines Rechtsbruches verlange, der weit schlimmer sei als die Entscheidung im Berliner Falle. Unter lauten Protestrufen der Mehrheit sagt Haas, daß durch die namentliche Abstimmung festgesetzt werden solle, wer sich an diesem Rechtsbruch beteiligt. Diese Erklärung von Haas führt noch zu einer kurzen, scharf zugespitzten Auseinandersetzung zwischen ihm und Dörmann (Frankfurt).

Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages der Kommission mit 186 gegen 142 Stimmen. Die nach Stuttgart gekommenen Dresdener Delegierten müssen also abtreten und die Dresdener Delegierten der Opposition nehmen noch vor Schluß der Sitzung ihre Plätze ein.

Haas (Aöln) gibt hierauf die Erklärung ab, daß das Resultat dieser Abstimmung seine in der Widerberheit befindlichen Freunde vor eine ganz neue Situation stelle, die einer besonderen Besprechung bedürfe. Er beantragt deshalb, die Sitzung zu vertagen.

Rusch (Berlin) bezieht diesen Antrag als den Versuch einer Sabotage des Berliner Metallarbeiterstreiks, denn er, Rusch, sei hierher gekommen, um die Solidarität des Verbandstages für die im schwersten Kampfe stehenden Berliner Kollegen anzurufen. Haas weiß diese Annahme entschieden zurück und betont, daß er von der beabsichtigten Kundgebung gar keine Kenntnis habe. Auf seinen Antrag hin wird schließlich nach erregter Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, die Stellungnahme zum Berliner Streik vorwegzunehmen und die übrigen Punkte zunächst zurückzustellen.

Rusch (Berlin) gibt zunächst eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Lohnbewegung in Berlin nach Abschluß des Kollektivabkommens. Die Voraussetzung, daß eine Stabilisierung der Löhne auf Grund dieses Vertrages eintreten werde, habe sich nicht erfüllt. Darum wurden die mit vierzehntägiger Kündigung abgeschlossenen Einzelabkommen gekündigt, die Arbeiter stellten Forderungen. Die Unternehmer sagten einem Abbau des Vertrages unter der Voraussetzung einer Lohnherabsetzung zu, hielten aber dies Versprechen nicht ein. Eine Berliner Generalversammlung der Metallarbeiter lehnte aus der Gegnerschaft gegen das Kollektivabkommen überhaupt auch den Abbau ab und stellte am 22. Juni Forderungen auf. Diese gingen dahin: für Gelehrte 3,50 M die Stunde, für Angelernte 3,30 M und für Ungelehrte 3 M, für Weibliche 75 v. H. des Männerlohns. Jugendliche bis zu 16 Jahren 1,20 bis 1,50 M, von 16 bis 18 Jahren 1,50 bis 2 M. Die Forderungen wurden den Unternehmern sofort unterbreitet und zentrale Verhandlungen vereinbart. Die inangewickelten ausgetragenen Streiks wurden eingestellt. So der Berliner Schmiedestreik. Der Hauptvorstand gab uns am 15. Juli freie Hand für die Lohnbewegung unter der Voraussetzung, daß wir, ehe es zum Streik kam, den Arbeitsminister anrufen müßten. Inzwischen erfolgte der arglistige Ueberfall des Siemenskongresses auf die Berliner Metallarbeiter mit den Skandalen, die ohne Gegenzeichnung des Arbeitsausschusses angeschlagen wurden. Wenn es sich, wie man behauptet, bei dem Berliner Streik um einen politischen Streik handelte, hätten die Berliner Metallarbeiter den hier hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen können, aber das taten sie nicht, sie wollten sich ihre zentralen Verhandlungen nicht führen lassen. Die Aktion des Siemenskongresses gegen die Vertrauensleute und Arbeiterräte der Werke hatte zweifellos politischen Charakter. Die Verhandlungen gingen nun trotz dieses arglistigen Ueberfalls der Industriellen weiter. Die Unternehmer brachten uns Gegenanschläge auf Schaffung von sechs Klassen für die Männer und zwei Klassen für die Kolleginnen. Das konnten wir nicht annehmen, zumal die Finanzierung der Arbeiter in diese Klassen nach dem Vorschlag der Unternehmer einen Abbau der bisherigen Löhne bedeutet hätte. Wir wandten uns nun an den Arbeitsminister, dieser setzte einen Schlichtungsausschuß ein. Wir brachten unsere Forderungen vor diesem nicht voll durch, erklärten uns aber schließlich, da wir immer noch an die Spalität der Berliner Arbeiter glaubten, mit dem am 21. August gefällten Schiedsspruch einverstanden. Der Redner trägt dem Schiedsspruch vor. Seine offensichtliche Ungerechtigkeit, die in der verschiedenen Höhe des Zuschlags zu den Einstellungslohn bei Feststellung der Alfordbasis in den verschiedenen Klassen bestand, versprochen die Industriellen auszugleichen. Es wurde beiden Parteien in dem Schiedsspruch ausgegeben, die Zuteilung der einzelnen Branchen in die vorgegebenen Lohnklassen bis zum 5. September in einer paritätischen Kommission durchzuführen. Das stellte sich als undurchführbar heraus, da es sich um einige 60 Gruppen handelte. Nach dem Spruch sollten aber die Löhne erst gezahlt werden, wenn der Tarifvertrag unterzeichnet ist anerkannt war. Wir forderten, daß vom 5. September an mindestens die Löhne nach der Finanzierung gezahlt werden sollten. Das wurde uns von den Unternehmern zuerst stillschweigend zugebilligt. Nachher legten sie aber den Schiedsspruch vom 21. August anders als als wir. Deshalb beantragten wir, daß der Arbeitsminister einen neuen Schiedsspruch herbei-

führen solle. Am 4. September trat der Schlichtungsausschuß zusammen, der selbst die Eintragung vornehmen sollte. Es wurden von ihm 19 Schiedssprüche gefällig, die für uns unannehmbare Bestimmungen hatten. Der Redner geht auf einzelne Schiedssprüche ein. Die Schiedssprüche brachten uns einen nennenswerten Abbau der Löhne und zerstückten die in den einzelnen Branchen vorhandene Einheitlichkeit der Entlohnung. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. Wir beschlossen, den Unternehmern die von uns geforderte Eingruppierung vorzuschlagen in Form einer Vereinbarung zwischen unserer Organisation und den einzelnen Firmen. Wir stellten den Berliner Kollegen frei, sich an eine Schlichterkommission als Streitlösung zu wenden, wenn sie diese Forderung aufstellen wollten. Die Generalversammlung billigte diesen Vorschlag. Darauf setzte die bürgerliche Presse mit einer Flut häßlicher Beschimpfungen der Arbeiter ein. In Flugblättern der Unternehmer wurde der Streik als politischer Streik hingestellt, es wurden die Kosten aus dem Schiedsspruch herausgeholt, um ein falsches Bild von unseren Forderungen zu geben. Inzwischen wurde ein Brief des Reichsarbeitsministers an uns in der Presse veröffentlicht, der der Meinung Ausdruck gab, daß noch nicht Veranlassung für den Abbruch der Verhandlungen gegeben sei. Kollege Schlicke hat dann noch einmal den Versuch gemacht, zu vermitteln. Er schlug vor, wieder zu verhandeln auf Grund des Schiedsspruches vom 21. August unter Beilegung der offensichtlichen Ungerechtigkeit in bezug auf die Alfordzulagen und unter dem Zugeständnis, daß die Löhne vom 1. Oktober an gezahlt werden sollen. Wir nahmen den Vorschlag an die Metallindustriellen lebten ab und erklärten sich lediglich bereit, die abgebrochenen Verhandlungen über den Tarifvertrag wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen sollten vor einem Schiedsgericht stattfinden, dessen Vorsitzenden der Arbeitsminister im Einverständnis mit beiden Parteien ernenne und dessen Entscheidung für beide Parteien bindend sei. Diesen Vorschlag, einen Schiedsspruch, von dem wir nicht wissen konnten, wie er ausfallen würde, unbedenken zu schließen, konnten wir nicht annehmen. Inzwischen haben nun, wie mir telegraphisch gemeldet wird, die Arbeiter in Berlin den Unternehmern ein Ultimatum gestellt, daß, wenn nicht bis morgen mittag 12 Uhr die Metallindustriellen Groß-Berlins sich bereit erklären, auf Grund des Vorgelegten Schieds in Verhandlungen einzutreten, die Arbeit in den Staatzentralen Berlin und Umgebung niedergelegt wird. Damit würde die gesamte gewerbliche Tätigkeit in Berlin und die Stromversorgung der ganzen Welt Brandenburg niedergelegt werden. (Bewegung.) Am Reichsarbeitsministerium liegt es jetzt, den nötigen Druck auf die Unternehmer auszuüben, damit diese Katastrophe vermieden wird.

Sie sehen, diese Kämpfe wachen weit über den Rahmen sonstiger Streiks hinaus. Sie müssen zu Kämpfen um die Produktionsmittel ausarten, wenn sie von den Unternehmern zu Wuchstagen gemacht werden. (Sehr gut!) Da muß als Organisation dem faktierten Unternehmern eine geschlossene Front entgegengehen. Redner unterbreitet eine entsprechende Resolution und schließt: Wir haben in Berlin Sammlungen zur Finanzierung des Streiks veranstaltet, die wir Sie zu propagieren bitten: Ebenso bitten wir Sie, dafür zu sorgen, daß die Zufuhr von Arbeit aus der Provinz nach Berlin unterbunden wird. Unterstützen Sie die Kollegen so viel wie möglich, zeigen Sie dem Unternehmern, daß dem eifernden Willen der Metallarbeiter der noch viel größere ungelöste Wille der deutschen Metallarbeiterschaft entgegensteht. (Lebhaftes Bravo bei den Berlinern.)

Nachdem Schlicke und Bernice kurz einige Bemerkungen in den Ausführungen von Rusch richtiggestellt haben, werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Es ist folgendes Telegramm bei der Generalversammlung eingegangen:

Romtau, 19. Oktober 1919. Durch den Reuaufbau der Nationalstaaten aus den Trümmern des alten Österreich wurden wir von unserer alten Wiener Zentrale losgerissen und durch den Schiedsspruch der Entente Bürger der tschechoslowakischen Republik. Aus den Trümmern der alten Organisation haben wir eine neue, unsere internationale Metallarbeiterverband, geschaffen, der aus der Revolution geboren, von revolutionärem Geist erfüllt, den Grundgedanken der freien Gewerkschaft treugeblieben, seiner großen Bruderorganisation die herzlichsten Grüße und besten Wünsche zu geistlicher Beratung im Interesse der Metallarbeiterschaft entbietet. Internationaler Metallarbeiterverband, Kaufmann, Romtau. (Beifall.)

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch den 16. Oktober 1919, vormittags.

In der Vormittagsitzung wird die Aussprache über den Berliner Streik fortgesetzt und als erster Redner nimmt der Verbandsvorstand Schlicke das Wort, um der Darstellung des Kollegen Rusch über die Vorgänge in Berlin entgegenzutreten. Nachdem er erklärt hat, daß er nicht in denselben "warmen, solegalen" Ton verfallen wolle, den Rusch gestern anwandte, führt er etwa folgendes aus: Wenn Rusch sagt, daß der Arbeitsminister die Entscheidung des Schlichtungsausschusses nicht aufgehoben hat, so vergißt er, daß die Ausschüsse endgültig entscheiden und auch vom Arbeitsminister nicht aufgehoben werden können. Es lag also keine Unbilligkeit des Arbeitsministers vor, sondern es blieb nur der Weg, eine Einigung unter den Parteien zu versuchen. Ich gebe gern zu, daß in dem Berliner Streik unsere Meinungen auseinandergehen. Ich bin nun einmal seit Jahren Anhänger von Tarifverträgen und bin weiterhin der Meinung, daß solche Verträge, wenn sie einmal abgeschlossen sind, auch gehalten werden müssen. Ich habe stets darauf hingewiesen und es bedauert, daß Tarifverträge nicht bloß bei den Arbeitern vorkommen, sondern auch von der Gegenseite begangen werden. Was den vorliegenden Fall betrifft, so war am 21. August ein Schiedsspruch gefällig worden, der von beiden Seiten anerkannt worden ist. Ein so anerkannter Schiedsspruch hat nach meiner Auffassung die Wirkung und Bedeutung einer zwischen beiden Parteien geschlossenen Vereinbarung. In dem Schiedsspruch waren fünf Lohnklassen vorgegeben und weiterhin die Dauer eines auf dieser Grundlage zu schaffenden Tarifvertrages. Ich bin der Auffassung, daß diese beiden Bestimmungen, da sie eine Vereinbarung beider Parteien darstellen, Geltung haben müssen und auch nicht irgendwie alteriert werden konnten dadurch, daß später Schiedssprüche erfolgt sind. Auf diesen Boden habe ich mich gestellt und das ist das ganze große Verbrechen, das ich begangen haben soll. Der Schiedsspruch enthält weiter die Bestimmung, daß die Parteien die einzelnen Verträge in die verschiedenen Lohnklassen einordnen sollten, und das sollte bis zum 5. September geschehen. Beide Parteien haben verhandelt, sind aber nicht einig geworden. Auch das scheint mir erklärlich, wenn ich mir vergegenwärtige, welche Stellung die Unternehmer der Metallindustrie als geschlossene Klasse in ihren Organisationen bisher zu den Tarifverträgen eingenommen haben. Es scheint mir aber auch erklärlich im Hinblick auf die Stellung unserer Berliner Kollegen, die ja ihre Meinung über die Tarifverträge durch die letzten Generalversammlung in Köln vorgelegte Resolution bekundet haben. Man sage ich: bei solchen Anschauungen auf beiden Seiten ist natürlich der Boden für derartige Vereinbarungen ungeheuer steinig und es ist gar kein Wunder, daß eine Verständigung nicht erzielt wurde. Es war aber und ist auch heute noch der Meinung, daß man ruhig hätte verhandelt und dann keine Maßnahmen treffen können. Das Wesentliche ist das: die Arbeiter erblinden in den bösen Schiedssprüchen, die ihren Wünschen nicht gerecht werden, schon das Bestreben der Lohnzulagen, des Lohnabbaues und haben deswegen die Verhandlungen abgebrochen. Sie haben aber nicht nur das getan, sondern im Anschluß daran den Unternehmern sofort ein Ultimatum gestellt und das war meiner Ansicht nach ein taktischer Fehler.

Ich bin nun zum Vorwurf gemacht worden, daß ich die Wünsche, die mir die Kollegen Leht und Huch am 28. oder 29. August in einer Besprechung im Arbeitsministerium vorgelesen haben, nicht berücksichtigt habe. Die Kollegen erklärten mir, daß sie mit den direkten Verhandlungen mit den Unternehmern nicht vorwärts kommen, daß diese der Meinung wären, daß nun alle die Arbeiter, die nach dem Vorschlag der Unternehmer eigentlich der von ihnen beantragten sechsten Klasse angehören, einfach in die fünfte Klasse eingeschoben werden, und daß im übrigen alles beim alten bleiben soll, während unsere Kollegen der Meinung waren, daß die Beschäftigten sich auf alle Klassen erstrecken müsse. Das war der Hauptgrundpunkt, und nun wurde von mir verlangt, ich sollte einen Schiedsrichter ernennen, der Sachkenntnisse und logisches Verständnis hat. Selbstverständlich habe ich solche Leute nicht auf Vorrat. Ich fragte nun beschiden an, ob man mit einem Vorschlag machen könnte. Wir wurde vorgeschlagen, ich sollte doch aus unseren Reihen einen Beizitzler überhört einen Akt in Vordergrund stehenden Kollegen nehmen. Das habe ich abgelehnt (Hört! Hört!) und mußte es ablehnen, denn unser Verband war Partei. (Unruhe.) Es wurde mir dann ein anderer Vorschlag gemacht. Ich habe mich bemüht, konnte aber den andern Herrn nicht erreichen. Da die Sache jedoch drängte — die Kollegen selbst wiesen darauf hin, daß sie am 5. September beendet sein sollte und daß bis dahin mindestens die Verhandlungen begonnen haben sollten —, wandte ich mich an den Reichsarbeitsminister, der ja die ganzen Feeresbetriebe übernommen hat, und fragte an, ob man mir einen Ingenieur stellen könnte. Das ist geschehen. Wenn nun Rusch sagt, der Vorgesetzte war ein unbedeutendes Blatt, so kann ich das selbst sagen. Ich konnte den Herrn auch nicht. Ich habe ihn zu mir kommen lassen, habe mit ihm die Sache durchgesprochen, er hat mir versichert, daß er der Berliner Beizitzler genau kennt. Ich habe ihm ausinandergesetzt, worauf es meiner Ansicht nach ankam, aber ich konnte ihm doch keinerlei Instruktion geben, sondern ich mußte mich auf sein Sachverständnis, seine Kenntnisse und sein soziales Empfinden verlassen. Genau so, wie unsere Kollegen mit dem Schiedsspruch nicht zufrieden waren, erklärten mir auch die Unternehmer, daß sie mit verchiedenem nicht zufrieden sind. Das wird mir doch jeder geben müssen, daß bei so weit auseinandergehenden Meinungen ein Schiedsrichteramt wirklich ein hartes und schweres Amt ist. Ich traue mir verschieben zu, aber wenn ich das Amt übernehmen sollte, müßte ich mich doch ernstlich fragen, ob ich das Format dazu habe, weil es eben — wie ich das bei den paar Verhandlungen gesehen habe, die ich bis jetzt hatte — ungeheuer schwer ist, bei den weit auseinandergehenden Meinungen Entscheidungen zu treffen, die beide Teile befriedigen. Nun war der Schiedsrichter erfolgt. Die Berichte darüber sind widersprechend. Es hat darüber eine Zeitungs polemik zwischen dem Schiedsgerichtsvorsitzenden und Vertretern der Ortsverwaltung Berlin stattgefunden. Ich kann nur das berichten, was mir berichtet worden ist. Aus eigener Anschauung weiß ich das nicht. Der Schiedsgerichtsvorsitzende erklärte mir positiv, daß er der Auffassung gewesen ist, daß mit verchiedenen seiner Anregungen die Vertreter der Arbeiter einverstanden gewesen waren. Die Arbeiter bestreiten das; sie erklären, sie hätten ihren Standpunkt geltend gemacht, aber da sie an der eigentlichen Entscheidung doch nichts hätten ändern können, hätten sie stillgeschwiegen und darauf mag der Vorsitzende ihr Einverständnis angenommen haben. Also ich bestreite mit aller Schiedenheit, daß ich die Absicht gehabt habe, irgend eine Person mit den Einigungsverhandlungen zu beauftragen, die etwa gegen eine der beiden Parteien voreingenommen war und ich bezweifle auch, daß der Mann voreingenommen gewesen ist. Es wird ihm so gegangen sein wie jedem einzelnen von uns: er konnte aus seiner Haut nicht heraus. (Sehr richtig.) Ja, wir wissen doch, daß die Stellung der leitenden Angestellten und der Angestellten überhaupt bis unmitttelbar vor der Revolution doch immer mehr auf jener Seite gewesen ist. Aber daraus nun mit einem Strich zu ziehen, wenn ich im letzten Moment einen Fachmann ernennen soll und weiß nicht, woher ihn nehmen — das müßte ich doch in freundschaftlicher Weise ablehnen.

Es ist dann weiter von den Verhandlungen gesprochen worden, die ich auf Wunsch des Oberbürgermeisters von Berlin eingeleitet habe. Dieser kam eines Tages zu mir und erklärte, daß er schon eine Vorbesprechung mit Vertretern der beiden Parteien gehabt habe. Er wies darauf hin, daß von den Arbeitervertretern den Unternehmern gesagt worden wäre, da sie doch stets betont hätten, sie hätten gar nicht die Absicht, abzuziehen, sondern die Unternehmer sollten dafür größere Garantien geben. Der Oberbürgermeister berichtete mir, daß der Arbeitgebervertreter, der ja ebenförmig Vollmacht zum Abschluß hatte wie die Arbeiter, erklärt hätte, solche Garantien dürften die Unternehmer zu geben bereit sein, aber bisher wäre diese Forderung noch in keinem Stadium der Verhandlungen gepflogen worden. Dasselbe wurde von den Vertretern der Unternehmer, ohne Widerspruch bei den Vertretern der Arbeiter zu finden, auch in den Verhandlungen behauptet, die ich geführt habe, wo ich die Parteien zusammenbringen wollte, so daß ich das wohl als wahr unterstellen kann.

Nun sagte gestern Rusch, ich sei bei den Verhandlungen unzufrieden. Das ist ja Meinungsache. Ich will aber feststellen, daß ich die Verhandlungen eingeleitet habe mit dem Hinweis darauf, daß der Konflikt ausgebrochen ist. Ich habe gesagt, dann dürfen wir wohl annehmen, daß eine Grundlage zu Verhandlungen nicht mehr gegeben ist. Ich habe weiterhin den Vorschlag gemacht, eine neue Grundlage zu nehmen, und zwar das Ultimatum. Das wurde sofort von den Unternehmern bestritten. Darauf wollten sie sich nicht einlassen. Nun bitte ich, mir einmal ein Zwangsmittel zu nennen, mit dem ich die eine oder andere Partei an den Verhandlungstisch zwingen soll. Es kamen dann noch weitere Vorschläge. Einer ging ungefähr nach derselben Richtung, wie der von mir jetzt wieder aufgenommene Vorschlag. Nur ist da dem Arbeitervertreter der Lausitz passiert, daß er von den Unternehmern verlangte: Lassen Sie uns einmal in unseren einzelnen Gruppen unterhandeln und lassen Sie Ihre Herren vom Verband weg. Dagegen sind die Unternehmer natürlich sofort Sturm gelaufen, und ich konnte auch nichts weiter sagen, als daß wir die ganze Zeit darum gekämpft haben, daß unsere Organisationsvertreter zu Verhandlungen zugelassen werden (Sehr richtig!) und daß mir deshalb den Unternehmern nicht zumuten könnten, daß sie ihre Organisationsvertreter wegziehen. Der Kollege berichtete sich nachher, aber die Sache war in dem Augenblick schon verpfuscht, der Vorschlag wurde abgelehnt. Ich machte dann zum Schluß noch einen Vorschlag, die Kollegen machten Vorschläge, die Unternehmer auch, und das Ende vom Ende war, daß mein Vorschlag unter bestimmten Bedingungen zur Verhandlungsgrundlage gemacht werden sollte. In diesen Bedingungen ist bekanntermaßen auch dieser Vorschlag enthalten. Ich teilte das den Parteien mit und habe neuerdings wieder einen Vorschlag gemacht, der jetzt von den Unternehmern abgelehnt worden ist. Ich bin aber auch in der Zwischenzeit nie untätig gewesen, sondern habe mit den Parteien Fühlung genommen, ob dieser oder jener Weg nicht gehen, habe schließlich auch noch versucht, eine vollständig unabhängige Person, von der ich glaubte, daß sie unseren Kollegen zusagen würde, für eine Vermittlung zu gewinnen. Also ich bin fortgesetzt in dieser Richtung tätig gewesen. Deshalb berühren mich die Vorwürfe, die mir gestern gemacht worden sind, gar nicht.

Nun ist mir gestern weiter vorgeworfen worden, daß ich für eine Zeitschrift "Der Firm" meine Meinung über die Sache kundgegeben habe. Das stimmt. Ich bin aufgefordert worden von einem mir nahegehenden Parteigenossen, einmal meine Auffassung über die ganze Bewegung klarzulegen, weil die Bewegung in Parteistreifen großes Interesse hervorgerufen hat. (Dörmann: Als Vorsitzender oder als Arbeitsminister?) Als Arbeitsminister, von der Partei bin ich nicht als Vorsitzender gewählt. (Dörmann: Ich meine, in welcher Eigenschaft der Artikel geschrieben wurde?) Ich muß offen sagen, ich habe das Unternehmen gar nicht gekannt. (Jurist: W. J. am Mittwoch!) Das ist ja was anderes, darauf komme ich noch zurück, ich rede vom "Firm". Ich war der Meinung, daß das eine Art Parteiliteratur sei, und das ist es wohl auch. (Jurist: Das müßte man doch eigentlich erwähnen!) Da hätte ich viel zu tun, wenn ich alles lesen müßte, was erriecht! Das ist jedenfalls meine Sache, was ich lese und nicht lese. Darüber lasse ich mir keine Vorwürfe machen. Ich bin auch niemandem dafür verantwortlich. Meine Meinung, die ich dort niedergelegt habe, halte ich im übrigen auch heute noch in vollem Umfange aufrecht.

Nun zu der "B. Z.". Ja, ich habe mich für verpflichtet gehalten, mich an die Arbeiterschaft zu wenden (Lachen), weil ich der Streik im gegenwärtigen Moment für ein großes Unglück halte.

(Bursche.) Ich habe das Blatt genommen, das mir zunächst zur Verfügung stand. Ich habe die Erklärung den anderen Zeitungen auch zugehen lassen, die aber erst am Abend erschienen, und mir lag daran, möglichst schnell noch vor der endgültigen Entscheidung an die Arbeiter zu appellieren. Dazu hielt ich mich für verpflichtet im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und im Interesse unserer Kollegen, weil ich noch heute der Meinung bin, daß der Streik zur denkbaren ungünstigsten Zeit begonnen worden ist, zu einer Zeit, wo es den Unternehmern verhältnismäßig leicht fällt, auszuhalten. (Sehr richtig!) Das war meine Triebfeder. Ich habe in dieser Beziehung immer mit offenen Karten gespielt und habe auch nicht die Absicht, von dieser meiner Gesinnung abzuweichen.

Ich bin der Meinung, daß in so kritischer Situation ein offenes Wort gesprochen werden muß, wenn man der Auffassung ist, daß das, was gemacht werden soll, ein großes Unglück ist. Ich betrachte es als ein solches und habe deswegen gesprochen. Das nun der Brief leider zu spät an die Ortsverwaltung gekommen ist, das ist nicht meine Schuld. (Widerspruch bei den Berlinern.) Sie können es mir schon glauben, wenn ich Ihnen sage, daß das nicht meine Schuld ist. Meine Absicht war, daß er früher da sein sollte, als er in die Zeitung kam, das ist durch die Verquickung unglücklicher Umstände nicht möglich gewesen. Auch das glaube ich hiermit klar gestellt zu haben.

Noch ehe ich zu dem Streik Stellung nehmen konnte, habe ich schon aus den Zeitungsberichten unserer Berliner Kollegen entnehmen können, was mit mir los ist und man hatte mir schon irgendeine Stellung zu dem Streik angedichtet. Man hat nicht unmittelbar gesagt, Schliche denkt so und so, das konnte man ja nicht, dazu war man immer zu vorsichtig. Man sagte aber: „Sollte Schliche — den wir ja auch für keinen großen Geist halten — derselben Meinung sein.“ Das war die Meinung, die angeblich bestehen sollte, daß der Streik sich tollausen muß. Dann wurde ich aufgefordert, einzugreifen. Stellen Sie sich die Situation vor. Ich kam aus Stuttgart zurück. Zwei oder drei Tage vor meiner Abreise wurde ich mehr zufällig durch unsere Kollegen vom Berliner Verbandbüro angerufen. Sie teilten mir mit, daß es jetzt kein Ausweichen mehr gäbe, daß sie mit ihrer Kunst zu Ende wären und daß der Streik unvermeidlich sei. Das Gespräch war unendlich und wir verstanden uns schlecht, aber es geht wohl fest, daß man die Verbindung nicht mit mir persönlich, sondern mit dem Verbandsbüro haben wollte, das bereits geschlossen war. Ich habe es übernommen, die Sache dem Verbandsbüro zu übermitteln, besonders, weil darauf hingewiesen wurde, daß die „Pinte“ locker gemacht werden sollte. Am Montag, unmittelbar vor meiner Abreise, wurde ich vom Arbeitsministerium angerufen und mir mitgeteilt, daß die Vertreter der Berliner Metallarbeiter mich zu sprechen wünschten, und ich sollte mitteilen, wann sie das könnten. Ich habe dann den Dienstag nachmittags 4 Uhr dafür festgesetzt. Kurz vor 4 Uhr wurde mir von Ruch telefonisch gesagt: „Höre mal, Du hast uns zu sprechen gewünscht?“ Ich sagte: „Nein, umgekehrt, Ihr habt bei mir angefragt, und wir haben die Zeit von 4 Uhr ausgemacht.“ Ich habe dann den Schlichtungs- und Schlichtungsangelegenheiten zu tun haben, zu mir be- stellt und mir Bericht erstatten lassen. In diesem Augenblick kamen die Kollegen Zeit und Ruch, und da ging das Spiel von neuem los. Sie glaubten, sie wären zu ihrem Vorhaben bestellt. Da habe ich mir doch gesagt, wo soll das hin? Und ich habe auch meine Vorstandscollegen meine Meinung geschrieben, das solle darauf hinaus, daß ein Eingelungse gesamt wird und der muß der Verbandsvorsitzende sein. Das ist meine Auffassung und die gefrigen „kollegialen“ Ausführungen von Ruch haben mir das vollständig bestätigt. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, wo das hinaus soll, es ist mir auch gleichgültig. Vielleicht trägt man sich mit der Absicht, mir auf diese Art und Weise ein Mitspracherecht auszusprechen, um vielleicht auf diese Art mich zu besitzeln. Nun, Kollegen, so steht die Sache hoch nicht. Ich habe mich allerdings mit der Absicht getragen, Schritt zu machen; aber wenn die Sache auf das Geringste geschoben würde, dann lasse ich es darauf ankommen, ob die Stimmung gegen oder für mich ist. (Braus!) Hiermit beantragt Haas (Hän) als Ergebnis einer Vereinbarung mit der Mehrheitsfraktion, daß die weitere Aussprache über den Berliner Streik in einer geschlossenen Sitzung erfolgen möge, wie dies auch früher bei den Erörterungen über die gewerkschaftliche Kritik des Verbandes üblich gewesen sei. Dismann (Frankfurt) stimmt dem Vorschlag zu unter der Voraussetzung, daß sich die geschlossene Sitzung nur mit den rein tatsächlichen Fragen bei der Lohnbewegung zu beschäftigen habe. Weiter wird gemäß einer Vereinbarung beider Fraktionen eine Redaktionskommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, eingesetzt, die eine gemeinsame Entschlüsselung zur Frage der jüngsten Lohnkämpfe ausarbeiten und dem Verbands- tag vorlegen soll.

Gegen 11 Uhr wird die öffentliche Sitzung geschlossen und die Generalversammlung verhandelt über die Frage des Lohnkampfes in einer geschlossenen Sitzung, die den Rest der Mittwochssitzung ausfüllt. (Schluß folgt.)

Die Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter

Wir berichteten in Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung über den Berliner Streik der Metallarbeiter. Oberbürgermeister Bernuth hat Vermittlungsversuche angestellt und auch den Arbeitsminister, Kollegen Schliche, darum ersucht. Die Bemühungen Schliches führten zu einer Aussprache zwischen den Parteien. Die Berliner Metallindustriellen blieben nach wie vor auf ihrem Standpunkt stehen. Die Verhandlungen verliefen völlig ergebnislos. Es trat dann in der Streikbewegung ein Stillstand nicht ein, immer weitere Kollegen beteiligten sich am Streik. 70 der bestreikten Firmen haben die Forderungen der Berliner Metallarbeiter bereits anerkannt. Um der steigenden Hitze von Verhandlungen durch die bürgerliche Presse entgegenzutreten, hat die Berliner Streikleitung schon am Donnerstag den 2. Oktober 80 Versammlungen für die gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiterstadt Groß-Berlin einberufen. Diese Versammlungen sollten ein weites, selbständiges Feld der Solidarität für die Streikenden und Angehörigen der Metallindustrie sein. Sie sollten protestieren gegen die Verhandlungen und Entlassungen, die über den Streik durch die Presse verbreitet wurden. Diese Versammlungen wurden vom Polizeipräsidium auf Anordnung des Oberkommandos Köln verboten. (Weiteres darüber wurde bereits in Nr. 42 mitgeteilt.) Es blieb nicht allein bei diesen Maßnahmen der Militärbehörde. Die Berde der Gewerkschaften wurden vom Militär besetzt. Die Gewerkschaftsdirektion wies ihre Arbeiter an, Arbeiter jetzt Streikbrecher zu vernichten, sie vernichten also die Streikbrecher zum Streik- bruch. Die Groß-Berliner Gewerkschaftskommission trat zusammen, um Stellung zu nehmen gegen das Verbot der Versammlungen und die einseitige Stellungnahme der Militärbehörden gegenüber der Unternehmung. In folgender Resolution der Gewerkschaftskommission lautet die Meinung derselben zum Verbot:

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung nimmt Stellung zu dem Verbot der Berliner Metallarbeiter und erklärt nach sorgfältiger Prüfung der Straftat, daß der den Metall- arbeiter von allen Gewerkschaften unterstützt werden muß. Sie rüft alle Gewerkschaften auf, sofort zum Streik der Metall- arbeiter Stellung zu nehmen und gegebenenfalls den Metallarbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie erklärt in dem Ver- boten der Unternehmung den Verstoß, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zu zerschlagen und ihre Organisationen zu zerstören. Das wird und muß vernichtet werden. Die Gewerkschaftskommission erklärt auch den schärfsten Protest gegen die Verhinderung des Ober- kommandos, die zur Verhinderung von Gewerkschaftsversammlungen getroffen sind, sie erklärt dies eine einseitige Parteilichkeit gegenüber der Unternehmung, die gerade in dem Zeitpunkt in dem die Arbeiterschaft zu fragen. Sie erwartet von der Regierung die Aufhebung der ungesetzlichen Verhinderung für alle Gewerkschaften und weiter die Zurückziehung aller Truppen der Reichs-

wehr aus den bestreikten Betrieben. Die Gewerkschaftskommission beauftragt den Ausschuß, an den Sitzungen der Fünfschneckerkommission teilzunehmen und ermächtigt diese erweiterte Streikleitung zur Vorbereitung aller erforderlichen Maßnahmen. Des weiteren werden alle Gewerkschaften verpflichtet, sofort Funktionärversammlungen einzuberufen, in denen ein Mitglied der Fünfschneckerkommission Bericht über den Stand des Streiks und seine Bedeutung für alle Gewerkschaften geben soll.

Nach dieser Stellungnahme der Gewerkschaftskommission hat der Reichsarbeitsminister folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht: „Die Parteien treten erneut in Gruppen der einzelnen Berufe zusammen, um diese in die im Schiedspruch vom 21. August fest- gesetzten Lohnklassen einzuordnen. Jeder Gruppe bleibt es un- benommen, zu den Versammlungen Vertreter der Organisationen hinzuzuziehen. Die den Arbeitern nach dem Schiedspruch zu ge- währten Zuschläge betragen abweichend von dem Schiedspruch vom 21. August auch für die 5. Lohnklasse je 10 %. Sollte bei den Verhandlungen eine Verständigung zwischen beiden Parteien nicht erzielt werden können, so entscheidet ein im Einvernehmen beider Parteien vom Reichsarbeitsministerium ernannter Sachverständiger endgültig. Diese Entscheidung sowie die Vereinbarungen der Parteien bilden die Bestandteile eines mit Gültigkeit vom 21. August geltenden Tarifvertrags.“

Die Berliner Metallarbeiter stellten sich rückhaltlos auf den Boden des Vorschlags des Reichsarbeitsministeriums. Die Metall- industriefirmen hielten an ihren Vorschlägen fest. Sie wollten aller- dings den Berliner Metallarbeitern die von Schliche vorgeschlagenen 3 mal 5 % Zulage für die Transportarbeiter gewähren, verlangen aber dafür die Aufrechterhaltung der von den Arbeitern völlig un- annehmbaren 18 Zeitschiedsprüche, die die Löhne wesentlich herab- setzen, und bestehen weiter auf ihrer Ansicht, daß die Berliner Metall- arbeiter vorweg erklären müssen, sich dem Spruch eines Schieds- gerichtes zu unterwerfen, den sie im voraus noch gar nicht kennen. Während Schliche vorschlug, die Löhne vom 1. Oktober an zu zahlen, bestehen die Metallindustriellen darauf, daß die vereinbarten Löhne erst von dem Tage des Abschlusses eines Tarifvertrags be- zahlt werden sollen. Der Streik geht also mit erneuter Schärfe weiter. Die Generalversammlung der Berliner Verwaltungstelle hat der Streikleitung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und weiter unbefristete Vollmacht erteilt. Die Fünfschneckerkommission hat beschlossen, den Kollegen Ruch nach Stuttgart zu schicken, damit dieser an die Unterfützung der Verbandsgeneralversammlung appellieren soll.

Es sind inzwischen wieder neue Vorschläge gemacht worden. Wegen Raummangel kann darüber wie über die weitere Ausdehnung des Kampfes erst in nächster Nummer berichtet werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Fetzler zu vermeiden und eine geregelte Bet- tragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 26. Okt. der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Oktober bis 1. November 1919 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbands- statuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhebung
	I	II	III	
Buchenau	80	—	15	1. Oktober.
Ebersbach i. S.	15	—	5	43. Beitragswoche.
Eschwege	15	15	15	1. November.
Elberfeld	50	—	15	45. Beitragswoche.
Kaiserslautern	20	—	—	1. Oktober.
Krefeld	80	—	10	1. November.
Koblenz	20	15	10	43. Beitragswoche.
Schwabach i. S.	10	—	—	44.
Strasbourg i. N.-R.	15	—	—	43.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Stuttgart: Der Rennacher Gottfried Walter, geb. am 23. April 1890 zu Hagenbach, Buch-Nr. 2,537,321, wegen unfolleg. Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

- Auf Antrag der Verwaltungstelle Wülheim a. Ruhr: Der Schlosser Max Glöckner, geb. am 27. Juni 1887 zu Freiburg, Buch-Nr. 2,520,818; der Vorarbeiter Wilhelm Heuser, geb. am 13. November 1888 zu ?, Buch-Nr. 2,864,484; der ? Karl Wühlendruck, geb. am 31. Juli 1888 zu ?, Mitgliedschaftsnummer Nr. 157,286; der ? Walter Münich, geb. am 1. Juli 1886 zu ?, Mitgliedschaftsnummer Nr. 186,747, sämtliche wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Mit kollegialem Gruß Der Verband.

Zur Beachtung! - Zutritt ist fernzuhalten:

- von Bankstellen und Orthopädiemachern nach Düsseldorf (H. Arhar Wolf) H.;
- von Drechern nach Eisenheim (Maschinenfabrik Johannesberg, G. m. b. H.) D.; nach Goetz (H. Kuchmeyer) D.; nach Staffari u. Ung. (Salzbergwerke und Chem. Fabriken) W.;
- von Formern u. Siebereiherstellern nach Reuß bei Düssel- dorf D.; nach Goetz (H. Kuchmeyer) D.;
- von Gruben (Kette) nach Rheinb. (H. Fern. Schött U.S.) D.;
- von Lebeschneidern nach Goetz (H. Kuchmeyer) D.;
- nach Staffari u. Ung. (Salzbergwerke und Chem. Fabriken) W.;
- von Lampen und Zerkleinerern nach Widenach a. R. U.;
- nach Greifswald i. Pommern (H. Alfred Rahn) W.;
- von Metallarbeitern nach Bremen U.;
- nach Sengis D.;
- nach Dortmund U.;
- nach Gelsenkirchen (H. Hammer und Gelsenkirchener Maschinenfabrik) D.;
- nach Gumbinnen a. St.;
- nach Hülshausen-Dorfen (H. H. Stahlwerke) D.;
- nach Hülshausen a. R. U.;
- nach Hülshausen a. R. U.;
- nach Hülshausen a. R. U.;
- nach Lemmingen (H. Schulz) W.;
- nach Lindau D.;
- nach Meringen (H. Schulz) W.;
- nach Ohrdruf i. Th. U.;
- nach Überlingen (H. Zuber, Maschinenfabr.) St.;
- nach Weimar W.;
- von Metallarbeitern nach Arnstadt (H. Engelhardt) D.;
- nach Leipzig (Kühner & Seifert, Kuhn & Kuhn, Schneider & Sieg) D.;
- von Schmiedern nach Staffari u. Ung. (Salz- bergwerke und Chem. Fabriken) W.;
- von Schweiß- und Stanzmaschinen, Schleifern, Drechern und Schneidmaschinen nach Widenach (H. H. Stahlwerke) U.;
- von Schleifmaschinen nach Ballenbar (H. Joh. Rahn) U.;
- von Schleifmaschinen nach Regensburg (H. Eugen Rahnmann) W. U. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; a. St. = Streit in Stadt; St. = Stadt; W. = Württemberg; U. = Ungarn.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (W. a. G. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat September 1919.

Einnahmen:

Von den Filialen eingekandt 108.002,87 M. Beiträge von Einzelmitgliedern 2538,90. Zinsen 19.586,74. Mieten 788,40. Sonstiges 88,47. Zusammen 128.949,98 M.

Ausgaben:

An die Filialen gefandt 11.145,— M. Krankengeld an Einzelmit- glieder 2164,60. Sterbegeld an Einzelmitglieder 100. Verwaltungsk-osten 2294,67. Sonstiges 75,30. Zusammen 86319,57 M.

Abschluß:

Einnahmen	128.949,88 M.
Ausgaben	86.319,57 M.
Mehreinnahmen	92.630,31 M.
Raffenbestand am 1. September 1919	3.025.940,77 M.
80.	1919
	8.118.571,08 M.

Sterbefälle für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbe- kasse der Metallarbeiter“ (W. a. G. Hamburg) und deren Frauen.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 3. Quartal 1919.

Einnahmen:

Von den Filialen eingekandt 68.550,29 M. Beiträge von Einzel- mitgliedern 611,35. Zinsen 9.484,75. Sonstiges 2.352,85. Zusammen 79.979,04 M.

Ausgaben:

An die Filialen gefandt 14.744,41 M. Sterbegeld an Einzel- mitglieder 600. Verwaltungskosten 5546,24. Sonstiges 211,65. Zu- sammen 20.532,30 M.

Abschluß:

Einnahmen	79.979,04 M.
Ausgaben	20.532,30 M.
Mehreinnahmen	50.446,74 M.
Raffenbestand vom 2. Quartal 1919	692.225,48 M.
3.	1919
	742.672,22 M.

Mit Gruß H. Welbers, Hauptkassier.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
- Sonntag, 1. November:
- Aachen.
 - Augsburg (Spengler). Prinz Karl, 7.
 - Bromberg. Arbeiterklasse, 2. Halbr. 2.
 - Elmhorn. H. Krause, halb 8 Uhr.
 - Essen (Heizungsmonteur u. Helfer). Giffelmann, Kalkantenallee, 8. Helfer.
 - Kauf (Bayern). Gewerkschaftshaus.
 - Wolgast (Pommern). Schulz, halb 9.
- Sonntag, 2. November:
- Dorsten. Joh. Rasche, Dippestr. 111.
 - Essfurt (Elektronist). Steiniger, 10.
 - Gefurt (Heizungsmonteur). Weimar- scher Hof, Johannesstr. 74, 10 Uhr.
 - Gotha (Elektronmonteur und Helfer). -Möhren, 10 Uhr.
 - Hagen. (Heizungsmont. u. Helfer). Holten, Behringhauser Str., 10 Uhr.
 - Kennstadt E. S. Birgergarten, 10 Uhr.
 - Nitold E. S. Same, 10-12 Uhr.
- Mittwoch, 5. November:
- Wageningen (Schmied). Böhme, Al. Klotterstr. 15.
- Freitag, 7. November:
- Wallerhausen. Löwen, 8 Uhr.
 - Zwickau i. S. (Elektronmonteur). Edelweiß, Kömerstr. 20, halb 8 Uhr.
- Sonntag, 8. November:
- Zabingen. Hahn, Markt, 7 Uhr.
 - Zerbst.
- Dienstag, 11. November:
- Ragnitz. Gewerkschaftshaus, 6 Uhr.
- Vertrauensleutezusammenkünfte**
- Berlin (Feilenarbeiter). Beim Brandenburger H. Kamphaus, Al. 37, Hornier Straße 63.
- Chemnitz (Weichmetall). Samstag, 8. Nov., abends 8 Uhr, Volkshaus.

Sonstige Anzeigen

Zur Unterstützung des Formmeisters wird von Eisengießerei, die monatlich ca. 60 Tonnen normalen Maschinenguß herstellt, geschickter Formner als Vorarbeiter gesucht. Der betreffende Mann muß mit sämtlichen in der Formerei und Formerei vorkommenden Arbeiten vertraut sein, und sich nicht scheuen, ab und zu selbst mitzuarbeiten. Kenntnisse in der Herstellung von Massen- arteilen und in der Bedienung von einfachen Wendelplatten-Formmaschinen sind unbedingt erforderlich. Gest. Angebote mit Gehaltsforderung unter B. N. 2757 an den Verlag d. Bl. erbeten.

Tüchtige Metallschleifer sucht der Arbeits- nachweis für die Metallindustrie Stuttgart, Schmalstraße 11, Zimmer 44.

Gesucht tüchtiger Feilenarbeiter und Maschinenbauer auf Feilwerk- maschinen. Sal. Buchholz Sohn, Feilenfabrik, Mei.

Metallbrüder auf Aluminiumgeschloßschloß bei hohem Lohn und Arbeit sofort gesucht. Günt- liche Lebensverhältnisse.

Sieberei-Vorarbeiter für keine Eisengießerei nach Zül- lingen gesucht. Offerten mit Lohn- ansprüchen und des Eintrittstermins sind unter M. G. 2759 an den Ver- lag d. Blattes zu richten.

Anruf! Die öffentlichen Bekanntmachungen zur Abfertigung und Anzeige befreite geschafften Geeresgut haben bisher schon große Erfolge gezeigt. Zugleich befinden sich noch bedeutende Mengen von Geeresgut in unred- mäßigem Besitz. Es ergeht auf neue die Aufforderung an die gesamte Bevölkerung zur Abfertigung des entsprechenden Geeresgutes beizutragen.

Geeresgut ist Volksgut! Helft alle mit zu seiner Wiedererfassung!

Das Landesverwertungsamt zahlt für wiederergründet Geeresgut hohe Belohnungen! Bei Werten bis zu 1000 M. 10 Proz., bis 10000 M. 5-7 Proz., bis 100000 M. 3-5 Proz. um des durch Ab- führung festgesetzter Werte der erfassten Güter. Die Belohnung wird unter Ausschluss des Rechtswegs denjenigen Personen gewährt, deren Tätigkeit die Ermittlung von Geeresgütern jeder Art ermöglicht hat. Unter mehreren beteiligten Personen wird die Belohnung nach Maßgabe der Eingeliefertzeit verteilt. Auch die staatlichen oder gemeindlichen Sicherheits- organe sind zur Annahme der Belohnungen unter besonderen Voraus- setzungen befugt. Namen der Anzeigersteller werden auf Wunsch geheim gehalten. Anzeigen und Belohnungsanträge nimmt entgegen Das Württ. Landesverwertungsamt, Zweigstelle des Reichsverwertungsamtes, Stuttgart, Dorotheenstr. 2-4. Druck und Verlag von Alexander Schliche & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.